



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 159. Ratssitzung vom 14. Juli 2021

Gemeinsame Behandlung der Geschäfte GR Nr. 2021/55 und 2021/301

4235. 2021/55

Weisung vom 10.02.2021:

Immobilien Stadt Zürich, Liegenschaft Pfingstweidstrasse 60, Miete und Einbau Räume für einen Doppelkindergarten mit Betreuung und einen BAZ-Kindergarten, Netto-Objektkredit, Kreditübertragung

Antrag des Stadtrats

1. Der Stadtrat wird ermächtigt, mit der Union Investment Real Estate GmbH, Valentinskamp 70 / EMPORIO, 20355 Hamburg, einen Mietvertrag in der Liegenschaft Pfingstweidstrasse 60, 8005 Zürich, für einen Doppelkindergarten mit Betreuung und einen BAZ-Kindergarten zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 219 594.90 zuzüglich Nebenkostenkonto von Fr. 28 642.80 abzuschliessen. Das Mietverhältnis beginnt am 1. September 2021 und wird auf eine feste Dauer von 10 Jahren abgeschlossen.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die echte Option zur Verlängerung des Mietvertrags ab 1. September 2031 bis 31. August 2036 auszulösen.
3. Für den Einbau eines Doppelkindergartens mit Betreuung und eines BAZ-Kindergartens in der Liegenschaft Pfingstweidstrasse 60, 8005 Zürich, wird ein Netto-Objektkredit von Fr. 2 347 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

Unter Ausschluss des Referendums:

4. Im Budget 2021 wird folgende Kreditübertragung bewilligt:

IM-Position	Konto	Budget bisher Fr.	Nachtragskredit (NK) Fr.	Budget neu (inkl. NK) Fr.
(4040) 500101, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto	5040 00 000, Hochbauten	1 100 000	-1 100 000	0
(4040) 500101, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto	5060 00 000, Mobilien	120 000	-120 000	0
(4040) 500771, Pfingstweidstr. 60: Einbau von Kindergarten	5040 00 000, Hochbauten	0	1 100 000	1 100 000

(4040) 500771, Pfingstweidstr. 60: Einbau von Kindergarten	5060 00 000, Mobilien	0	120 000	120 000
--	-----------------------	---	---------	---------

Gemeinsame Wortmeldungen zu den Geschäften GR Nrn. 2021/555 und 2021/301.

Referent zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsmehrheit:

Stefan Urech (SVP): *Im Schulkreis Limmattal in Zürich-West gibt es immer mehr Kindergartenkinder. Es braucht Schulraum für einen Doppelkindergarten. Seit rund zwei Jahren wurde eine geeignete Mietfläche rund um das Pfingstweidenschulhaus gesucht, fündig wurde man im Bürohaus West-Park an der Pfingstweidstrasse 60. Das Bürohaus wird von der Union Investment Real Estate GmbH vermietet. Es liegt an der recht befahrenen Pfingstweidstrasse und befindet sich zwischen dem Bundesasylzentrum, dem Technopark, der Polizeistation West und dem Schulhaus Pfingstweid. Die Stadt möchte sich im Erdgeschoss in ehemaligen Büro- und Gewerberäumen einmieten. Es sollen rund 600 Quadratmeter gemietet werden. Bei einem Quadratmeterpreis von 371 Franken macht das rund 220 000 Franken pro Jahr. Der Mietbeginn ist auf den 1. September 2021 angesetzt. Der Bezug ist für das erste Quartal 2022 geplant. Es sollen nicht nur Büroflächen, sondern auch ein Aussenbereich für eine Spielfläche von rund 330 Quadratmetern gemietet werden. Die Spielfläche ist auf einem langgezogenen Park entlang des Bürogebäudes geplant. In der Kommission war unbestritten, dass der Raum benötigt wird und sich, in der Nähe des Pfingstweidenschulhauses gelegen, auch eignet. Die Kommission empfiehlt dem Rat, der Weisung zuzustimmen. Es gibt aber zwei Änderungsanträge aus der grünen Fraktion. Im ersten Antrag wird gefordert, dass die Zufahrt entlang des Eingangsbereichs für den motorisierten Verkehr gesperrt wird. Die Idee an sich, dass die vulnerablen Kindergartenkinder nicht zu nahe an Autos und andere gefährliche Mobile kommen, ist gut. Die Stadt hat eine entsprechende Anfrage an den Vermieter, der den Eingangsbereich besitzt, gerichtet. Er hat den Vorschlag abgelehnt. Entsprechend ist der Vorschlag nicht umsetzbar. Wenn man dem Dispoänderungsantrag zustimmen würde, würde man den Abschluss des gesamten Mietvertrags in Gefahr bringen. Der zweite Antrag hört sich zwar ebenfalls sinnvoll an. Es wird gefordert, dass der Spielbereich weg von der Pfingstweidstrasse nach weiter hinten verschoben wird, wo das laute Tram und die Autos nicht so nahe vorbeifahren. Auch in diesem Fall gehört die Fläche des Parks aber dem Vermieter und dieser hat den Vorschlag abgelehnt. Die Kindergartenkinder machen natürlich Lärm, wenn sie draussen spielen. Im Bürogebäude sind am vorgeschlagenen Ort Büros untergebracht. Der Vermieter ist der Meinung, dass die Büros über den Kindergartenlärm nicht erfreut wären. Die Verwaltung kann aber nachvollziehen, dass man die Spielfläche verschieben möchte und hat signalisiert, dass man – sollte sich eine Möglichkeit ergeben – dies wie gewünscht umsetzen könnte. Die Verwaltung hat aber auch hier plausibel dargelegt, dass dieser Dispoänderungsantrag die gesamte Weisung in Gefahr bringen würde. Es erstaunt mich deshalb, dass die beiden Änderungsanträge, bei denen klar gesagt wurde, dass sie nicht umsetzbar sind, nach wie vor zur Diskussion stehen und wir darüber abstimmen müssen. Es erinnert mich etwas an die Situation, wenn man einem trotzbenden Kindergartenkind sagt, dass*

etwas nicht geht, und das Kind dennoch darauf beharrt. Es sieht aber danach aus, als ob die beiden Dispoänderungsanträge heute im Rat abgelehnt würden. Noch eine Bemerkung als Sprecher der SVP: Wir stimmen der Weisung zu, haben aber ein Fragezeichen: Als das Pfingstweidenschulhaus gebaut wurde, wurde es uns als Vorzeigeobjekt verkauft, mit dem wichtigen Punkt, dass es modular sei. Falls Schulraumbedarf da sei, könne man ohne Probleme aufstocken. Nun ist der Fall eingetreten, dass wir Bedarf an mehr Schulraum haben. Ich verstehe nicht, warum wir nun einen Mietvertrag über zehn Jahre für ein anderes Gebäude abschliessen müssen mit einer möglichen Verlängerung um weitere fünf Jahre, wenn man nebenan ein modulares Schulhaus hat, das man aufstocken könnte. Noch eine Ergänzung zur Weisung: Die Räumlichkeiten müssen natürlich auch noch umgebaut werden. Man kann die Kindergartenkinder nicht in Büroräumlichkeiten spielen lassen. Für den Umbau werden rund 2 Millionen Franken beantragt. Der Vermieter würde 120 000 Franken beitragen.

Kommissionsminderheit Änderungsanträge, neue Dispositivziffer 4 und neue Dispositivziffer 5:

Urs Riklin (Grüne): *Man sollte sich gut überlegen, wozu man hier Ja sagt. Mit der vorliegenden Weisung möchte die Stadt Zürich den dringend benötigten Doppelkindergarten nicht auf irgendeiner schönen Weide platzieren, sondern direkt an einer fünfspurigen Hauptverkehrsachse. Am entsprechenden Grundstück fahren täglich 17 000 Motorfahrzeuge mit einer relativ hohen Geschwindigkeit vorbei. Der Autobahnzubringer wird von einer Tramlinie flankiert, die unmittelbar vor dem Bürogebäude durchfährt. Das Grundstück ist sehr hohen Lärmemissionen ausgesetzt. Gemäss einem Auszug der GIS-Datenbank wird der Emissionsgrenzwert deutlich überschritten. Auch die Feinstaubbelastung ist aufgrund des Verkehrs sehr gross. Es ist für uns Grüne nicht nachvollziehbar, warum man den Spielplatz für den Kindergarten ausgerechnet in jener Ecke erstellen möchte, die dem Verkehrslärm am meisten ausgesetzt ist. Auch eine Hecke zur Abschirmung, oder der sogenannte poetische Fussweg, der um das Gebäude zur Erschliessung angelegt werden soll, helfen in diesem Fall kaum. Ausserdem führt die Zulieferungerschiessung unmittelbar vor dem Eingang des Kindergartens durch. Täglich werden zwischen 20 und 30 Lieferwagen, wie auch teilweise LKW, unmittelbar vor dem Eingang des Kindergartens durchfahren. Dies stellt ein erhebliches Sicherheitsrisiko für die Kinder dar, wenn sie zum Kindergarten kommen oder diesen wieder verlassen. Die Erschliessung wäre problemlos von der anderen, nordöstlichen Seite des Gebäudes über die Förrlibuckstrasse und die Giessereistrasse möglich. Auch gäbe es bereits versenkbare Poller, die auf der Seite des Eingangs des Kindergartens eine Absperrung zu den Betriebszeiten des Kindergartens kostengünstig ermöglichen würden. Dennoch scheint es aus unerklärlichen Gründen nicht möglich, dass man die Lieferzufahrt für den motorisierten Verkehr schliesst. Nicht zuletzt haben wir Grünen auch Fragen zur Sicherheit des Schulwegs. Das Einzugsgebiet erstreckt sich von der Pfingstweidstrasse bis hinauf zur Limmat. Das frühere Industriequartier ist auch heute noch durch starken Verkehr geprägt. Man fragt sich, wie gut Kindergartenkinder und Primarschülerinnen und -schüler diesen Schulweg sicher und selbstständig zurücklegen können, wenn sie ver-*

schiedene Hauptverkehrsachsen überqueren müssen. Aus unserer Sicht ist der geplante Standort des Doppelkindergartens direkt an der Pfingstweidstrasse und an einer verkehrstechnisch sehr herausfordernden Lage ungeeignet. Die einzigen Punkte, die für das Projekt sprechen, lauten wie folgt: Erstens liegt der Kindergarten direkt gegenüber der Primarschule Pfingstweid und somit kann auch Infrastruktur des Schulhauses wie die Turnhalle oder der Pfingstweidpark genutzt werden. Zweitens kann dank der Einmietung bereits bestehende Infrastruktur genutzt, und somit zumindest vorübergehend auf einen Neubau verzichtet werden. Auch wenn aufgrund der starken Zunahme der Kindergartenklassen im Quartier gesagt werden kann, dass es keine Alternative zu dieser Einmietung gibt, so gibt es einige Randbedingungen, die erfüllt sein müssen, damit man dem Mietvertrag überhaupt zustimmen kann. Diese Randbedingungen haben wir in den Dispoanträgen 4 und 5 definiert. Wir fordern die Verlegung des Spielplatzes in den nordöstlichen Bereich des Grundstücks, wo der Verkehrslärm und die Feinstaubemissionen geringer sind und die Hecke nicht mit dem Schwermetall der Abgase belastet ist. Ausserdem fordern wir, dass die Zulieferung von der anderen Seite her erfolgt. Die Vermieterschaft, die Union Investment Real Estate in Hamburg, ist nicht bereit, auf diese Forderungen einzugehen. Offenbar scheint ihr Profitinteresse grösser zu sein, als das Wohlergehen der Kindergartenkinder in Zürich. Dies erstaunt nicht, wenn man den Sitz der Firma in Hamburg betrachtet. Es ist ein sehr grosses Bürogebäude. In der Mitte war ein kleiner Spielplatz. Möglicherweise haben die Kinder, die dort vielleicht gar nie gespielt haben, die Firma gestört. Wenn nun der Vermieter befürchtet, dass sich die Mieter der Büroräumlichkeiten an der Pfingstweidstrasse an einem Spielplatz stören könnten, muss man sich grundsätzlich fragen, ob das Gebäude überhaupt der richtige Ort ist, um eine Kindergartenklasse unterzubringen. Man kann davon ausgehen, dass es in den zehn bis fünfzehn Jahren Mietdauer, über die wir nun sprechen, zu erheblichen Problemen und zu ständigen Konflikten mit den Drittmietenden führen wird. Wir bitten den Rat, unseren Dispoergänzungsanträgen zuzustimmen. Unserer Meinung nach müsste die Stadt Zürich selbstbewusster in solche Verhandlungen gehen. Es gibt ein höher gewichtetes öffentliches Interesse, nämlich das Wohlergehen der Kindergartenkinder. Es geht nicht, dass man Bedingungen, die keinen Sachzwängen unterliegen, zustimmt und sagt, dass es keine Alternative gibt. Es gäbe zum Beispiel ein Gebäude, das in der Nähe der Stadt Zürich neu gebaut wird, dort hätte man eventuell auch einen Kindergarten einplanen können. Man hätte auch über andere temporäre Lösungen sprechen können. Unserer Meinung nach sollte man nicht an einer Hauptverkehrsachse, ohne jegliche Rücksichtnahme auf das Wohlergehen der Kinder, einen Kindergarten erstellen. Wir sind nicht gegen den Kindergarten an sich. Wir sehen den Bedarf. Aber man möchte nicht, dass die eigenen Kinder an diesem Ort den Kindergarten besuchen müssen. Man fragt sich, wie wohl sie sich dort fühlen würden. Es ist nicht egal, wenn sie solchen Verhältnissen ausgesetzt sind. Falls man unseren Dispoergänzungsanträgen zustimmt, werden wir auch dem Mietvertrag zustimmen. Falls die Anträge nicht angenommen werden, werden die Grünen die Einmietung an diesem ungeeigneten Ort ablehnen.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat GR Nr. 2021/301 (vergleiche Beschluss-Nr. 4156/2021): Wir haben bereits über die sehr herausfordernde verkehrstechnische Situation an der Pfingstweidstrasse 60 gesprochen. Falls es einen Doppelkindergarten an der

Pfingstweidstrasse geben soll, haben wir folgende Situation: Auf der einen Seite der Strasse steht ein Primarschulhaus, auf der anderen Seite ein Kindergarten. Somit würde eine fünfspurige Hauptverkehrsachse mitten durch ein Schulgelände führen. An der Pfingstweidstrasse befinden sich zudem auch das Bundesasylzentrum und die Zürcher Hochschule der Künste (ZHdK). Insgesamt werden sich in diesem Bereich sehr viel mehr Menschen im öffentlichen Raum aufhalten und sich zu Fuss, mit dem Velo oder mit anderen Verkehrsmitteln in diesem Raum bewegen. Wie bereits angesprochen, bestehen für uns viele Fragezeichen bezüglich der Sicherheit des Schulwegs, wenn sich täglich 17 000 Fahrzeuge auf einer fünfspurigen Strasse bewegen. Kinder sind impulsiv, klein und werden schnell übersehen. Aus unserer Sicht muss der Lärm, der an der Pfingstweidstrasse verkehrsbedingt generiert wird, reduziert werden. Durch eine reduzierte Fahrgeschwindigkeit auf Tempo 30 soll die Sicherheit der Menschen und vor allem der sich dort bewegenden Kinder erhöht werden. Bei einer geringeren Fahrgeschwindigkeit verkürzt sich der Bremsweg und die übrigen Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmer haben zudem mehr Zeit um zu reagieren, wenn ein Fahrzeug auf sie zukommt. Mit dem Postulat fordern wir, dass geprüft wird, wie auf der Pfingstweidstrasse – gerade auch vor dem Hintergrund der Ankündigung der allgemeinen Temporeduktion in der Stadt – der Verkehrslärm gesenkt und die Sicherheit im Bereich des Kindergartens erhöht werden können.

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag zum Postulat GR Nr. 2021/301 und begründet diesen: *Die Kommission durfte sich die Situation vor Ort anschauen. Wir haben die Fläche des Spielplatzes betrachtet und das Pfingstweidenschulhaus besucht. Wenn man im Schulhaus an der Wand steht, die auf die Pfingstweidstrasse hinausgeht, hört man erstaunlicherweise fast keinen Lärm. An dieser Wand befinden sich die Kleiderhaken, an denen die Kinder ihre Jacken aufhängen. Die Schulzimmer, durch eine weitere Wand abgetrennt, befinden sich nochmals ein Stück zurückversetzt. Für das Schulhaus ist der Lärm nicht relevant. Ich gehe jeden Morgen um 6.20 Uhr über die Pfingstweidstrasse zur Hardbrücke und am Nachmittag denselben Weg zurück. Bis jetzt habe ich dies geschafft, ohne dass es zu brenzlichen Situationen kam, auch wenn es dort keinen Fussgängerstreifen hat. So sehr befahren ist die Strasse nicht. Aber ich empfehle natürlich niemandem, dies zu tun. Die Kindergartenkinder haben die Möglichkeit, die grosse, schöne Passerelle zu benutzen, die vom Pfingstweidpark hinüber zum Eingang des Gebäudes führt, in dem der Kindergarten untergebracht werden soll. Es gibt somit eine sichere Möglichkeit, die Strasse zu überqueren. Die Pfingstweidstrasse, eine Hauptverkehrsader, zu entschleunigen und daraus eine Tempo-30-Zone zu machen, käme wohl sogar im rot-grünen Kreis 5 nicht besonders gut an. Die IG Hardturm kämpft seit langem dafür, dass man Quartierstrassen wie etwa die Hardturmstrasse beruhigt, der Verkehr auf die Pfingstweidstrasse gelenkt wird und dadurch die Hardturmstrasse entlastet wird. Dies würde auch Sinn machen. Die Pfingstweidstrasse ist seit Jahren als Haupteingangstor von jener Seite her in die Stadt vorgesehen. Wir lehnen das Postulat deshalb ab.*

Weitere Wortmeldungen:

Natalie Eberle (AL): *Auch aus unserer Sicht ist der Standort in einem Bürogebäude für einen Kindergarten nicht ideal. Wir hätten uns den Kindergarten lieber im Pflingstweidschulhaus gewünscht, wo es, weil es sich um einen Modularbau handelt, tatsächlich Möglichkeiten gegeben hätte. Aber: Der Bedarf ist da und es muss nun sehr schnell gehen. Man hätte in dieser kurzen Zeit den Modularbau wohl kaum aufstocken können. Deshalb stimmen wir der Weisung zähneknirschend zu. Bezüglich den Dispoänderungsanträgen der Grünen stimmen wir dem Antrag bezüglich der Schliessung der Zufahrtsstrasse zu. Unserer Meinung nach sollte es möglich sein, die Strasse zu den Kindergartenzeiten temporär zu sperren. Die Kinder müssen um das Gebäude herumgehen, um zum Spielplatz zu kommen. Es gibt keinen Hinterausgang zum Spielplatz. Somit ist es empfehlenswert, dass diese Zufahrt geschlossen wird, damit zum Beispiel keine Gefahr durch Lastwagen besteht. Bezüglich Dispopunkt 5 können wir uns den Grünen nicht anschliessen. Die Verwaltung konnte uns sehr genau aufzeigen, warum es nicht möglich ist, dass man den Spielplatz nach hinten verschiebt, obwohl auch die Verwaltung diese Variante bevorzugt hätte. Wenn sich die Vermieter dagegen sträuben, ist es schwierig. Aber die Verwaltung hat uns versprochen, dass sie dranbleiben wird. Wir unterstützen somit den Weg der Verwaltung. Das Postulat der Grünen bezüglich der Temporeduktion im Perimeter Pflingstweidstrasse werden wir unterstützen. Es ist sinnvoll und zielführend, dass man in diesem Perimeter, wo sich viele Kinder und Personen befinden, eine Temporeduktion einführt.*

Yasmine Bourgeois (FDP): *Seit zwei Jahren sucht man nach einer Lösung für einen Kindergarten in dieser Gegend. Nun ist man fündig geworden. Aus unserer Sicht ist es eine vernünftige Lösung, damit termingerecht genügend Schulraum zur Verfügung steht. Für die Anträge der Grünen haben wir kein Verständnis. Die Verwaltung hat aufgezeigt, warum es nicht möglich ist, die Strasse zu sperren, und warum die Verschiebung des Spielplatzes im Moment nicht möglich ist und auch in Zukunft nicht garantiert werden kann. Der Wunsch nach einer Verschiebung des Spielplatzes ist aber bei der Verwaltung auf dem Radar. Der Antrag ist deshalb im Moment überflüssig. Ich kann Stefan Urech (SVP) nur beipflichten, dass die Grünen in Bezug auf diese Anträge ein Trotzverhalten zeigen. Dasselbe gilt für das Postulat der Grünen. Dieses fordert Massnahmen, um die Sicherheit für Fussgänger zu erhöhen und die Lärmbelastung deutlich zu senken. Sie schlagen vor, als Massnahme Tempo 30 mindestens auf diesem Abschnitt einzuführen. Zur Sicherheit: An jenem Ort hat es eine breite Mischzone für Fussgänger und Velofahrer, von der Strasse unter anderem durch das Tramtrasse abgetrennt. Wir haben signalgesicherte Fussgängerübergänge, bei denen die Fahrzeuge zwingend stoppen müssen. Ich weiss nicht, ob es eine noch grössere Sicherheit gibt. Unmittelbar neben dem Kindergarten ist zudem eine Passerelle für Fussgänger und Velofahrer vorhanden. Zudem hat es beim Kindergarten einen grossen Vorplatz und es besteht ein Konzept für die Schulwegsicherheit. Die Kinder werden zum Beispiel während der Schulzeit über die Strasse begleitet. Vor und nach der Schule wird es zumindest bis zu den Herbstferien auch Lotsen haben. Wenn man Tempo 30 einführt, werden Fussgänger-*

streifen und Lichtsignale normalerweise aufgehoben. Das erhöht die Sicherheit bestimmt nicht. Das einzige Sicherheitsproblem sind wohl die Velofahrer, die sich den Weg mit den Fussgängern teilen und an den Kindern vorbeibrausen. Zum Lärm: Es handelt sich tatsächlich um eine stark befahrene Strasse. Sie gehört zu den kantonalen Hauptachsen. Wenn man dort aus Gründen des Lärms Tempo 30 einführt, so wird man das geforderte Ziel nicht erreichen. Bekanntlich findet bei Tempo 30 keine Halbierung des Lärms statt. Der Lärm wird lediglich um einige Prozente gesenkt. Zudem müsste die Leistungsfähigkeit der Strasse gemäss Kantonsverfassung erhalten bleiben. Ich frage mich, wie man das bewerkstelligen möchte. Man möchte diesen Verkehr ja auch nicht auf der Hardturmstrasse haben, wo bereits Tempo 30 gilt. Die FDP lehnt das Postulat klar ab. Die Sicherheit ist in der vorliegenden Situation gegeben. Tempo 30 würde die Sicherheit eher mindern und der Lärm könnte nicht eliminiert werden.

Simone Hofer Frei (GLP): Wenn man ehrlich ist, ist man froh, wenn die eigenen Kinder nicht in den Pfingstweid-Kindergarten eingeteilt werden. Die Lage in einem Geschäftshaus an einer vielbefahrenen Strasse ist nicht optimal. Kinder legen aber nicht so viel Wert auf Äusserlichkeiten. Viel wichtiger wird für sie sein, wer die Kindergartenlehrperson ist, wie sie mit ihnen arbeitet, ob sie gute «Gspänli» finden. Insofern steht einer schönen Kindergartenzeit auch in der vorliegenden Situation grundsätzlich nichts im Weg. Zu den Anträgen der Grünen: Den Antrag zu Dispopunkt 4 lehnen wir ab. Er ist nicht umsetzbar. Bei Dispopunkt 5 stimmen wir im Sinne des Vorschlags des Stadtrats insofern zu, dass man den Spielplatz möglichst weit weg von der Strasse platziert. Dies hängt selbstverständlich davon ab, was man unter Einhaltung der Eigentumsrechte aus handeln kann. Zum Begleitpostulat: Die Pfingstweidstrasse ist eine kantonale Strasse. Massnahmen sind bereits geplant. Das Problem liegt vor allem beim Mischverkehr von Velos und Fussgängern. Man müsste eine Massnahme finden, um diesen Mischverkehr zu entflechten. Für die Überquerung der Strasse ist bereits eine Passerelle vorhanden. Insofern lehnen wir das Begleitpostulat ab.

Sarah Breitenstein (SP): Wir werden der Weisung zustimmen. Es ist unbestritten, dass im Quartier ein Bedarf an Kindergartenraum besteht. Die Lage könnte tatsächlich besser sein. Aus Quartiersicht wäre es vor allem wünschenswert, dass man eine Lokalität für einen Kindergarten auch nördlich der Hardturmstrasse finden würde, damit die Kinder keine Strasse mehr überqueren müssen. Ansonsten teile ich die Bedenken von Urs Riklin (Grüne) bezüglich der Schulwegsicherheit nicht. Ich weiss nicht, wie gut er sich im Quartier auskennt. Ich gehe jeden Samstag zu Fuss von den Bernoulli-Häusern zum Coop bei der Pfingstweidstrasse vorne an der Hardbrücke. Bisher habe ich mich noch kein einziges Mal nicht sicher gefühlt. Unmittelbar vor dem Gebäude, wo der Kindergarten hinkommen soll, befindet sich zudem ein riesiges Trottoir. Es hat eine Absperrung, dann kommen die Tramgleise. Es hat eine Mittelinsel und erst dann kommt die Strasse. Ich glaube nicht, dass die Kindergartenkinder in dieser Situation auf die Strasse springen werden und durch die Autos gefährdet sind. Wir werden den Antrag der Grünen zu Dispositivziffer 4 ablehnen. Ich schliesse mich der Begründung von Stefan Urech (SVP) an, möchte aber ergänzen, dass, wenn man die Zufahrt für die Anlieferung sperren würde und diese Fahrzeuge über die Förrlibuckstrasse fahren müssten, der Verkehr

dann wieder über die Hardturmstrasse in die Förrlibuckstrasse führen würde. Bei beiden Strassen handelt es sich um Quartierstrassen, die vom Durchgangsverkehr hätten beruhigt werden sollen. Deshalb halte ich diesen Antrag nicht für sinnvoll. Auch den Antrag zu Dispositivziffer 5 bezüglich der Verschiebung des Spielplatzes werden wir ablehnen. Man hat versucht, etwas mit der Vermieterschaft auszuhandeln. Es hat nicht geklappt. Wenn man nun darauf beharrt, riskiert man, dass der Vertrag nicht zustande kommt. Letztendlich kommt dies den Kindern nicht zugute. Dem Begleitpostulat hingegen werden wir zustimmen. Die SP ist grundsätzlich nicht gegen Verkehrsberuhigungsmassnahmen. Ich persönlich schliesse mich aber bis zu einem gewissen Grad der Kritik von Stefan Urech (SVP) an. Es ist tatsächlich so, dass die Pfingstweidstrasse ein Autobahnzubringer ist. Der Verkehr kommt in die Stadt hinein, ob wir ihn wollen oder nicht. Er muss irgendwo durchgeleitet werden. Aus Quartiersicht soll er über die Pfingstweidstrasse führen und nicht mehr über die Hardturmstrasse. Deshalb habe ich bezüglich des Postulats einige Bedenken und muss mir noch überlegen, wie ich abstimmen werde.

Stefan Urech (SVP): Urs Riklin (Grüne) hat zu Beginn seines Votums moniert, dass der Kindergarten nicht auf einer idyllischen Weide entstehe. Die Zeiten, als es am entsprechenden Ort jede Menge Grünfläche gab, sind längst vorbei. Auch wir sind vom Standort nicht begeistert. Es kommt vermehrt vor, dass wir im Rat über eine Schulanlage an einer befahrenen Strasse sprechen. Wir haben über die Schulanlage Höckler gesprochen, über die Schulanlage Tüffenwies, die sogar an einer Autobahn liegt, und nun geht es um den Kindergarten an der Pfingstweidstrasse. Mich stört, dass die Kritik der verschwundenen idyllischen Weide von der Grünen Partei kommt und von links. Bis 2040 soll die Stadt um 100 000 Personen wachsen. Das wird von den entsprechenden Parteien nie kritisiert. Mit der Personenfreizügigkeit und der Masseneinwanderung fördern sie diese Entwicklung sogar noch. Auch mit zahlreichen subventionierten Angeboten locken sie Personen nach Zürich. Ein Beispiel, das momentan in der Kommission diskutiert wird: Die Stadt bietet das günstigste Mittagessen im ganzen Kanton Zürich an und gratis Schulsport nach der Schule. Es sind Angebote, die man im Kanton lange suchen muss. Das lockt Personen in die Stadt. Die Stadt wird wachsen und wachsen. Dann ist es vorbei mit Schulhäusern in der Idylle und bei grossen Parks. Es hat keinen Platz mehr. Die Stadt wird dichter, es wird enger und immer mehr werden wir über Schulhäuser und Schulanlagen an befahrenen Strassen diskutieren müssen, an Orten, die nicht wunderschön sind. Die Grünen und die Linken können nicht Metropolis und grüne Idylle gleichzeitig haben, vor allem nicht mit all ihren Extrawünschen.

Urs Riklin (Grüne): Es ist unbestritten, dass Lärm für die Entwicklung der Kinder kein förderlicher Faktor ist. Das kann man in Studien nachlesen. Es gibt zum Beispiel die Ecoplan-Studie vom Bundesamt für Umweltschutz. Zu nennen wäre auch die NORAH-Studie, die sich auf die Auswirkungen von Lärmemissionen auf die Lesefähigkeit von Kindern spezialisiert hat. Wenn man sich vorstellt, wie der Kindergarten aussehen soll, in den man seine Kinder gerne schicken möchte, so würde dieser bestimmt anders aussehen als jener, der an der Pfingstweidstrasse entstehen soll. Auch uns ist klar: Wir leben in einem urbanen Raum, der dicht besiedelt ist und in den nächsten Dekaden weiter verdichtet wird. Umso wichtiger ist es, die Probleme an der Wurzel zu packen. Dort, wo

es dicht ist und wenig Platz vorhanden ist, muss man platzfressende Verkehrsträger, die Lärmemissionen, CO₂-Emissionen und eine grosse Sicherheitsgefahr auslösen, reduzieren. Niemand hat gesagt, dass man dies einfach wegzaubern kann. Es geht darum sinnvolle Lösungen zu finden, die diese Faktoren, die nun nicht mehr miteinander kompatibel sind, so in Einklang bringen können, dass diese aus menschlicher Sicht wichtigen Interessen weiter gewährleistet sind. Ich kann mir auch vorstellen, dass sich die übrigen Mietenden des Bürogebäudes, darunter einer der grössten Schokoladeproduzenten, vielleicht in ihrem beruhigten Gewissen gestört fühlen, wenn sie spielende Kinder vor ihrem Büro sehen. Es gibt keine Sachzwänge, dass man den Spielplatz nicht verlegen oder die Zufahrt nicht schliessen könnte. Die Argumente, die nun teilweise vorgebracht wurden, halten einer näheren Prüfung nicht stand. Es ist eine Willensfrage, eine Frage der Verhandlung. Wenn eine Vermieterschaft nicht bereit ist, auf wichtige Anliegen einzugehen und andere Interessen als die private Rendite zu verfolgen, sehen wir es nicht als richtig an, 3,3 Millionen Franken in den Rachen einer Immobilieninvestmentfirma zu werfen.

Walter Angst (AL): *Ich bin erstaunt über die Debatte. Die eigentliche Frage sollte lauten, warum wir vor zwei Jahren ein Schulhaus eröffnet haben und nun Zusatzraum hinzukaufen müssen. Das hat System. Beim Schulhaus Schauenberg lag die gleiche Situation vor. Ich würde von STR André Odermatt gerne wissen, ob wir dies nun immer erwarten müssen, oder ob man die Konsequenzen ziehen und künftig solchen Unsinn vermeiden wird, dass man für 350 000 Franken pro Quadratmeter ungeeignete Räume anmieten muss, damit Kinder den Kindergarten besuchen können.*

Johann Widmer (SVP): *Es wurde immer von einer fünfspurigen Strasse gesprochen. Bei der einen Spur handelt es sich aber um eine Einspurstrecke. Dass man dort einen Kindergarten hinstellen will, statt der ungebremsten Zuwanderung einen Riegel zu schieben, ist nicht das Problem des Verkehrs. Die dauernde Vermischung von Ursache und Wirkung ist unwissenschaftlich, aber typisch für die links-grünen Parteien. Man will die Logistik der Stadt empfindlich stören. Es läuft auf eine Spurreduktion und Tempo 30 hinaus. Man glaubt die Tempo-30-Lüge zur Lärmreduktion immer noch. Die Parteien werden ihre «Cüpli» und frischen Brötchen aber nicht mehr pünktlich erhalten, wenn die Lastwagenchauffeure nicht mehr durchkommen. Die Folge der linken Politik ist ein riesiges Versagen auf der ganzen Linie.*

Samuel Balsiger (SVP): *Es gibt eine Mauer der Ignoranz gegenüber den Fakten. Auch die links-grünen Parteien müssen erkennen: Wenn sie dauernd Schulhäuser und Kindergärten in irgendwelche Bürogebäude hineinpflanzen müssen oder Schulhäuser oder Kindergärten an stark befahrenen Strassen bauen müssen, müssen sie merken, dass wir ein Platzproblem haben. Es ist nicht die Idee, dass man einen Kindergarten und eine Schule an stark befahrene Strassen zwischen Autobahnen und Brücken hinpflanzen muss. Hier stimmt etwas nicht mehr. Ein Sprecher der Grünen, der selber Lehrer ist, sagt jeweils, es wäre wichtig für die Entwicklung der Kinder, dass sie genügend Grünfläche haben, Spielplatz und Spielfläche bei der Schule, sonst würde ihre Entwicklung ge-*

stört. Man muss doch selber merken, dass etwas gestört ist im Verhältnis zwischen Einwanderung und verfügbarem Boden. Die einzige Lösung ist eine normale, massvolle Zuwanderung. Niemand will keine Zuwanderung. Aber Kindergärten an Autobahnen wollen die links-grünen Parteien dann auch nicht.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Wir haben einen Raumbedarf für den Bereich Kindergarten. Wir haben einen ziemlichen Paradigmenwechsel gemacht in Bezug darauf, wie wir die Planung angehen. Beim Pfingstweidschulhaus wurde noch nach dem alten Modell geplant: Wir hatten eine Bestellung nach dem momentanen Raumbedarf der Schule. Heute gehen wir anders vor. Wir bauen die Schulhäuser nach ihrer prognostizierten Grösse bis fast auf das Jahr 2040 hin. Wir dimensionieren die Schulanlagen ganz anders. In Zürich-West hat man sich auf die Suche nach geeignetem Raum gemacht. Das ist nicht einfach. Man könnte hierzu noch eine längere Geschichte erzählen, weshalb es sich so schwierig gestaltet und warum die Stadt dort nicht mehr Grundstücke hat. Das ist aber eine andere Geschichte. Nun hat man eine Lokalität gefunden. Dass diese nicht auf einer grünen Fläche steht, sondern an einem städtischen Ort, ist nicht zufällig. Das ist in Zürich-West an fast allen Orten der Fall. Man kann nun alle negativen Punkte aufzählen und zum Schluss sagen: Lieber keine Lösung als eine Lösung. Das kann nicht der Weg sein. Betrachtet man die Lokalität etwas genauer, ist der Ort nicht so schlecht gelegen. Wir haben vor rund acht Jahren eine Debatte zum Schulhaus Pfingstweid geführt. Es wurden dieselben Bedenken wie heute angebracht, vom Feinstaub über den Lärm bis zur Sicherheit. Das Schulhaus funktioniert heute sehr gut. Es ist beliebt bei der Lehrerschaft, bei Schülerinnen und Schülern. Die Aussenräume sind gut, wir haben eine Passerelle, es hat einen Park. Die Pfingstweidstrasse ist eine grosse Strasse, aber die Situation ist nicht so dramatisch wie nun in der aktuellen Diskussion dargestellt. Zu den Dispoanträgen: Sie sind nicht umsetzbar. In der Art, wie sie formuliert sind, kämen sie fast einem Beschluss gleich. Den zweiten Antrag hätte der Stadtrat als Postulat vermutlich sogar entgegennehmen können. Als Dispopunkt aber muss man ihn klar ablehnen, da er die gesamte Vorlage gefährdet. Ich bitte um Ablehnung der Dispoanträge und um Zustimmung zur Vorlage.*

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 4

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 4 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

4. Die Zufahrt entlang des Eingangsbereichs des Kindergartens wird für den motorisierten Verkehr gesperrt.

11 / 13

Mehrheit: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Roger Bartholdi (SVP), Sarah Breitenstein (SP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Christine Seidler (SP) i. V. von Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Natalie Eberle (AL), Urs Riklin (Grüne)
Enthaltung: Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 24 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Änderungsantrag, neue Dispositivziffer 5

Die Mehrheit der SK PRD/SSD beantragt Ablehnung des nachfolgenden Änderungsantrags.

Die Minderheit der SK PRD/SSD beantragt folgende neue Dispositivziffer 5 (Die Nummerierung der Dispositivziffern wird gemäss Ratsbeschluss angepasst):

5. Der Spielplatz für den Kindergarten wird möglichst weit von der Pfingstweidstrasse rückversetzt im nord-nordwestlichen Bereich des zur Liegenschaft gehörigen Parks realisiert.

Mehrheit: Sarah Breitenstein (SP), Referentin; Natalie Eberle (AL), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Christine Seidler (SP) i. V. von Mark Richli (SP)
Minderheit: Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Referent; Urs Riklin (Grüne)
Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Referent; Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Simone Hofer Frei (GLP), Christian Huser (FDP), Shaibal Roy (GLP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 89 gegen 26 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1–3

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1–3.

Zustimmung: Sarah Breitenstein (SP), Referentin; Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Shaibal Roy (GLP), Christine Seidler (SP) i.V. von Mark Richli (SP)
Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Christian Huser (FDP), Urs Riklin (Grüne)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 100 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 4

Die SK PRD/SSD beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 4.

- Zustimmung: Sarah Breitenstein (SP), Referentin; Dr. Balz Bürgisser (Grüne), Natalie Eberle (AL), Simone Hofer Frei (GLP), Maya Kägi Götz (SP), Ursula Näf (SP), Urs Riklin (Grüne), Shaibal Roy (GLP), Christine Seidler (SP) i.V. von Mark Richli (SP)
- Enthaltung: Präsident Stefan Urech (SVP), Vizepräsidentin Yasmine Bourgeois (FDP), Roger Bartholdi (SVP), Christian Huser (FDP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der SK PRD/SSD mit 116 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

- Der Stadtrat wird ermächtigt, mit der Union Investment Real Estate GmbH, Valentinuskamp 70 / EMPORIO, 20355 Hamburg, einen Mietvertrag in der Liegenschaft Pfingstweidstrasse 60, 8005 Zürich, für einen Doppelkindergarten mit Betreuung und einen BAZ-Kindergarten zu einem jährlichen Nettomietzins von Fr. 219 594.90 zuzüglich Nebenkostenkonto von Fr. 28 642.80 abzuschliessen. Das Mietverhältnis beginnt am 1. September 2021 und wird auf eine feste Dauer von 10 Jahren abgeschlossen.
- Der Stadtrat wird ermächtigt, die echte Option zur Verlängerung des Mietvertrags ab 1. September 2031 bis 31. August 2036 auszulösen.
- Für den Einbau eines Doppelkindergartens mit Betreuung und eines BAZ-Kindergartens in der Liegenschaft Pfingstweidstrasse 60, 8005 Zürich, wird ein Netto-Objektkredit von Fr. 2 347 000.– bewilligt. Die Kreditsumme erhöht oder vermindert sich entsprechend der Änderung des Baukostenindexes zwischen der Aufstellung des Kostenvoranschlags (Preisstand 1. April 2020) und der Bauausführung.

Unter Ausschluss des Referendums:

- Im Budget 2021 wird folgende Kreditübertragung bewilligt:

IM-Position	Konto	Budget bisher Fr.	Nachtragskredit (NK) Fr.	Budget neu (inkl. NK) Fr.
(4040) 500101, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto	5040 00 000, Hochbauten	1 100 000	-1 100 000	0
(4040) 500101, Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto	5060 00 000, Mobilien	120 000	-120 000	0



13 / 13

(4040) 500771, Pfingstweidstr. 60: Einbau von Kindergarten	5040 00 000, Hochbauten	0	1 100 000	1 100 000
(4040) 500771, Pfingstweidstr. 60: Einbau von Kindergarten	5060 00 000, Mobilien	0	120 000	120 000

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 21. Juli 2021 gemäss Art. 12 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 20. September 2021)

4236. 2021/301

Postulat von Urs Riklin (Grüne) und Brigitte Fürer (Grüne) vom 30.06.2021: Pfingstweidstrasse und Duttweilerstrasse, Massnahmen zur Reduktion der verkehrsbedingten Lärmbelastung und Erhöhung der Sicherheit für zu Fuss Gehende und Velofahrende

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2021/55, Beschluss-Nr. 4235/2021.

Urs Riklin (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4156/2021).

Stefan Urech (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 61 gegen 54 Stimmen (bei 1 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat